Heute mit der Beilage: „Unterhaltung und Wissen"

Jenaer Volksblatt

Nummer 187 — Unabhängige demokratische Tageszeitung für Thüringen — 42. Jahrgang

Erscheint werktags nachmittags 2 Uhr. Monatsbezugspreis frei Haus 2 RM, bei Abholung 1,70 RM.

Jena, Mittwoch, den 12. August 1931

Anzeigenpreis nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen werden möglichst schon am Vortage erbeten

Geschäftsstelle: Jena, Saalbahnhofstraße 3/5 — Gegründet von Professor Ernst Abbe — Fernruf 3790, 3791 · Postscheckkonto: Erfurt 1392

Jenaer Verfassungsfeier 1931

Der Freiherr vom Stein und die Anfänge des deutschen Parlamentarismus

Auch in Jena ist die Veranstaltung einer Verfassungsfeier durch die Stadt am Verfassungstag zur Selbstverständlichkeit geworden. Die diesjährige Feier, die am Dienstag abend im Stadttheater stattfand, hatte wieder recht guten Besuch zu verzeichnen, wenn auch die Teilnahme der republikanisch gesinnten Bevölkerung weit stärker sein müßte. Die Bühne des Stadttheaters war mit Flaggen in den Reichsfarben und Blumen recht hübsch geschmückt und gab dem Saal eine feierliche Stimmung.

Der Abend wurde eingeleitet durch die von der Orchestervereinigung Jena unter Leitung ihres Kapellmeisters Köcher ausgezeichnet wiedergegebene Ouvertüre zu Goethes Trauerspiel „Egmont" von Beethoven.

Studienrat Dr. Herbert Koch, der über „Der Freiherr vom Stein und die Anfänge des deutschen Parlamentarismus" sprach, verstand es, ein fesselndes Bild dieses Mannes, seiner Entwicklung und Tätigkeit zu entwerfen. Manchem Zuhörer mag es dabei erst recht klar geworden sein, wie umstürzend der Freiherr vom Stein, meist gegen den Willen „seines" Königs, im alten Preußen gewirkt hat, als er die Leibeigenschaft der Bauern aufhob, die Verwaltung reformierte, den Städten die Selbstverwaltung gab, das veraltete Zunft- und Innungswesen beseitigte und schließlich den König zum (zwar versprochenen aber nie gehaltenen) Erlaß einer Verfassung drängte und die allmähliche Einberufung von Provinzial- und Landesversammlungen anregte. Mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit warnte der Redner aber davor, die großen Gestalten der Befreiungskriege als Vorbild für unsere heutige, so ganz anders geartete Zeit zu nehmen. Wir bringen im folgenden die Rede von Dr. Koch im Wortlaut.

Es mag manch einem heutzutage widerstreben, an eine Feier zu denken, an einer Feier teilzunehmen. Schwere Sorgen lasten auf unserem Vaterlande, drückende Wirtschaftsnot verdüstert Gegenwart und Zukunft, fast unerträgliche Opfer werden von jedem einzelnen gefordert; Zerrissenheit und Uneinigkeit zehren am Marke des Staates, politische Leidenschaften sind bis zur Siedehitze aufgepeitscht, und es vergeht kein Tag, an dem wir nicht aus den Zeitungen erfahren, daß ein oder mehrere politische Morde begangen worden sind. Führer ohne Skrupel und ohne Verantwortungsgefühl hetzen namentlich die heranwachsende und halbwüchsige Jugend zu Unbesonnenheiten und Schandtaten und entfremden sie mehr und mehr ihrer eigentlichen Daseinsaufgabe; nach Millionen zählt das Heer der Arbeitslosen, Arbeitsuchenden, und nur in der einen Ueberzeugung sind sich alle klar und einig: der Leidensweg unseres schwergeprüften Volkes ist noch lange nicht zu Ende!

Gerade da mag es wie ein Trost erscheinen, daß die Feier des Verfassungstages heute doch schon eine Selbstverständlichkeit geworden ist. 1920 hat man daran überhaupt nicht gedacht, 1921 stand man ihm sehr kühl gegenüber, 1922 versammelte man sich schon unter den Klängen des „Deutschland, Deutschland über alles", das gerade damals der Reichspräsident den widerstrebenden Parteien entrissen hatte, um es allen Deutschen ausnahmslos zurückzugeben. Es folgte das Inflationsjahr mit den ersten Sportkämpfen, die dann als jedesjährliche Reichsjugendwettkämpfe immer lebhafter ausgebaut worden sind, wie denn seit 1924 der Geburtstag der Reichsverfassung immer weiteren Kreisen Beachtung abgetrotzt hat, und heute handelt es sich um eine Selbstverständlichkeit wie einst in unserer Jugend der Sedantag. Nur mit dem großen Unterschiede, daß wir damals in den Mittelpunkt unseres Feierns eine Waffentat des deutschen Heeres gestellt haben, heute dagegen die Großtat des deutschen Lebenswillens, des Ordnungsgeistes, des Entschlußwillens zu deutscher Einheit.

Und es ist eine Selbstverständlichkeit, weil es sich um eine Dankespflicht handelt: denn man mag das Werk von Weimar beurteilen wie man will, es wird sich doch kein ehrlicher Deutscher der Feststellung entziehen können, daß wir nach dem Zusammenbruche unserer Heere zwei weltgeschichtlich überragende Ereignisse damals erleben durften: den ordnungsmäßigen Rückzug der geschlagenen Armee, den Hindenburg leitete, und wenige Monate nach dem Zusammenbruche die Verkündigung unserer Weimarer Verfassung; zweimal wurde unser Volk, unser Reich vor drohendem Chaos gerettet, und das soll den Männern unvergessen bleiben, die dies zuwege gebracht haben!

Andererseits hieße es aber, ihr Verdienst über Gebühr unterstreichen, wollte man übersehen, daß sie doch wieder nur das fortgesetzt haben, was einzelne und Massen in jahrzehntelanger Arbeit vor ihnen geleistet und aufgebaut haben, und der geschichtlich Interessierte wird in der Weimarer Verfassung doch immer nur eine Etappe in der Gesamtentwicklung unserer deutschen Verfassungsgeschichte erblicken können. Denn bei aller grundlegenden Verschiedenheit der Verfassungen von 1919 und 1871 wird man unschwer weitgehende und tiefschürfende Uebereinstimmungen festzustellen vermögen, und unsere Verfassung wäre ohne das geniale Werk Ottos von Bismarck gar nicht denkbar, wie dieses wieder undenkbar ist ohne die weitverzweigten, vorbereitenden Strömungen und Arbeiten, wie sie die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts in verschiedener Form, mit verschiedenem Ziele, auf Grund verschiedener Auffassungen, an verschiedenem Orte und zu verschiedener Zeit hervorgebracht hatte, und wenn wir auch nur das 19. Jahrhundert ins Auge fassen, so werden wir unschwer Zusammenhänge zwischen der Verfassung des Jahres 1871, der des Norddeutschen Bundes, des Frankfurter und Erfurter Parlamentes, den Wünschen der Patrioten der Metternich-Zeit und den Bestrebungen der großen Staatsmänner erkennen, die den preußischen Staat in der Zeit seiner tiefsten Erniedrigung zu leiten und zu erheben hatten: Hardenberg und Gneisenau, Scharnhorst und die Gebrüder Humboldt und nicht zuletzt der Reichsfreiherr Karl vom Stein.

Es ist daher vielleicht auch mehr als bloß die zufällige Wiederkehr eines Kalendertages, sondern eine Art von Schicksalszeichen, daß gerade in diesen Wochen sich zum 100. Male der Tag jährte, an dem einer der größten Deutschen dahingegangen ist, dessen Leben nicht nur den Satz zu erhärten scheint, daß des Menschen Leben von seinem Charakter geformt wird, sondern der darüber hinaus uns Beispiel sein kann dafür, daß auch in der dunkelsten Dunkelheit der Mut nicht verloren werden darf und man jedem Schicksalsschlage mit einem um so hartnäckigeren „dennoch" und „trotzdem" begegnen muß. Preußen und Deutschland haben diesem Mann so unendlich viel zu danken, daß wir an diesem Tage mit vollem Rechte einmal seines Lebens, seines Werkes gedenken dürfen, um so mehr, als er immerhin zu denen gehört, die auf eine gerechte Würdigung ihrer Taten verhältnismäßig lange haben warten müssen.

Die reichsfreiherrliche Familie der vom und zum Stein war in der deutschen Geschichte niemals und nirgends hervorgetreten; fast scheint es, als habe sie damit aufsparend gewartet, bis der letzte Mannessproß des Geschlechtes dies in gesteigertem Maße vollbrächte, damit dann die nachfolgenden Generationen ehrfurchtsvoll den Namen dieses Hauses nennen hören. Gleich anderen Familien waren auch die Freiherrn vom Stein darauf aus, ihren Hausbesitz zu mehren und — vielleicht mehr und zielbewußter als die anderen — ihn zu erhalten. Um Teilungen des Familienbesitzes zu verhindern, steckte man, wenn mehrere Söhne vorhanden waren, alle bis auf einen in geistlichen Aemtern unter, wo sie auf Heirat verzichten mußten, und nur der eine (nicht etwa immer der Aelteste) wurde zur Erhaltung des Stammes bevorzugt; dieser Familientradition ist es zuzuschreiben, daß Karl vom Stein als jüngstes seiner Geschwister zum Erben des Gesamtbesitzes bestimmt wurde, und wenn er auch die kühnsten Hoffnungen, die je ein Vater auf seinen Sohn hat setzen können, bei weitem übertroffen hat, so ist er — und damit seine Familie — erblos ins Grab gesunken.

Kindheit und Jugend liegen nur spärlich geklärt vor uns; ein sehr temperamentvoller Vater hatte die gewiß nicht immer leichte Aufgabe, auf zwei Dutzend weitumher liegender und verzettelter Güter sich aus den Patronats-, Grundbesitz-, Zehnt- und Zinsrechten, Schutz-, Abzugs- und Hubensteuern immer zurechtzufinden und sich von Landesherren und neidischen Nachbarn nichts an der hohen Gerichtsbarkeit, die ihm auf Teilen seines 18 Quadratkilometer großen Gebietes zustand, verkümmern zu lassen. Hier lernte der junge Reichsfreiherr gar bald einen Einblick in die Vor- und Nachteile der Kleinstaaterei gewinnen, wurde aber auch von einem leichtbegreiflichen Herrenstolz durchdrungen, der ihn niemals verlassen hat. Eine Mutter, die binnen zwölf Jahren zehn Kindern das Leben schenkte und aus ihrem mehr als wohlhabenden Elternhause vor allem auch mannigfache geistige und künstlerische Interessen mitgebracht hatte, gegen die kirchliche Orthodoxie eine ebenso große Abneigung wie gegen die Berliner Freigeisterei empfand und an allen literarischen Bewegungen ihrer Zeit lebhaftesten Anteil nahm. Von ihnen gehütet, geleitet, wuchsen die Steinschen Kinder heran, und Karl vom Stein bezog, als er den 16. Geburtstag überstanden hatte, die Universität Göttingen.

Streng beaufsichtigt von einem gewissenhaften Hofmeister, ergab er sich dort fleißig einem geregelten Studium der Rechtswissenschaften. Für die üblichen Zerstreuungen dieser Zeit, Händel, Zechgelage, Liebesabenteuer war kein Raum. Dafür aber widmete sich der junge Freiherr eingehenden geschichtlichen Studien, und es ist nicht zu verwundern, daß in dieser hannover-englischen Hochschule die nationalökonomischen Schriften des Adam Smith ihn fesselten und seitdem als Lieblingsbücher begleiteten.

Ohne Abschlußprüfung (wozu hätte der künftige Reichsfreiherr eine solche ablegen sollen) verließ er 1777 die Universität, um nun auch einmal in die Praxis einen Einblick zu gewinnen: er ging an das Reichskammergericht nach Wetzlar. Wir kennen den erlahmenden Geist, der dort herrschte, aus der Schilderung des jungen Goethe, der wenige Jahre vorher dort geweilt hatte. Wenn der Freiherr vom Stein eine unüberwindliche Abscheu gegen die verknöcherte Bürokratie in sich eingesogen hat, so ist daran das Reichskammergericht in Wetzlar gewiß zum Teil mit schuld! Nur dreiviertel Jahr hat er es hier ausgehalten, dann begab er sich auf Reisen: sie führten ihn an die Höfe von Mainz, Baden, Württemberg, Bayern, zwischendurch nach Frankreich und an den Reichstag nach Regensburg, dann nach Oesterreich und Ungarn — das Ergebnis dieser mehrmonatlichen Umschau war, daß Stein am 2. Februar 1780 in preußischen Staatsdienst eintrat.

Man hat bisher stets behauptet, die imposante Erscheinung des alten Fritz habe den Ausländer Stein so machtvoll angezogen, wie denn gerade die führenden Geister des künftigen Preußen „Ausländer" gewesen sind: Gneisenau und Heinitz Sachsen, Hardenberg und Scharnhorst Hannoveraner, Blücher Mecklenburger, Niebuhr Däne und Arndt Schwede. Dies trifft doch aber nur sehr bedingt auf Stein zu: vorerst fühlte sich der Reichsfreiherr weit mehr zum Reichsdienst prädestiniert als zum Verwaltungsbeamten in dem despotisch disziplinierten Preußen. Gerade aber der Aufenthalt in dem tönernen Koloß des Habsburgischen Reiches dürfte Stein den Reichsdienst verleidet haben; dazu kommt, daß der preußische Minister von Heinitz ein naher Freund der Steinschen Familie, ja, mit dieser sogar verschwägert war. Es mag auch dies bei dem Entschluß mitbestimmend gewesen sein.

Zunächst trat Stein in das Bergwerksdepartement in Berlin ein und arbeitete unter der unmittelbaren Leitung des Ministers Heinitz. Zwei Jahre später empfahl ihn dieser zur Beförderung zum Oberbergrat; der alte Fritz äußerte die allerschwersten Bedenken: „gleich Oberbergrat sei doch ein bißchen viel; was er denn getan habe, um das zu verdienen? Um das zu werden, müsse man sich doch ein bißchen distinguiert haben!" Aber er ließ seine Bedenken fallen, und mit 24 Jahren erhielt Stein diese Ernennung. Und nun machte er unwahrscheinlich schnell Karriere: 1784 wurde er Bergwerksdirektor in Westfalen, 1796 Oberpräsident, 1804 Minister.

Die ganze Zeit über ist er im Westen der Monarchie tätig gewesen; den Osten hatte er bei einer Reise nach Polen kennengelernt, im übrigen verbrachte er diese Ausbildungszeit in Westfalen. Das ist wichtig für seine Stellung zu den weltbewegenden Ereignissen und Strömungen seiner Zeit: hier im Westen Deutschlands hatte sich doch eine viel freiheitlichere Atmosphäre erhalten als in der junkerhaft durchklüngelten Mark. Hier gab es ein noch unverkümmertes Bauerntum; hier war der adlige Grundbesitz nicht vorherrschend; hier befanden sich die Rittergüter nicht selten in bürgerlichem Besitze; hier war die Leibeigenschaft der Bauern fast völlig aufgehoben, von Patrimonialgerichtsbarkeit hatte sich kaum noch eine Spur erhalten, und lebenskräftig mitarbeitend vereinigten sich Adel, Gewerbetreibende und Bauern zu geordneten und geachteten Ständeversammlungen. Dazu konnte es nicht ausbleiben, daß die Gedanken der französischen Revolution hier viel eher und viel nachdrücklicher Eingang fanden als in dem hermetisch abgeschlossenen Brandenburg.

Dafür aber erfuhren diese Landesteile auch zuerst die Wirkungen der napoleonischen Zeit: die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich entriß Preußen nicht nur wertvolle Gebiete, sondern bereicherte es auch um die bisherigen Bistümer Minden und Paderborn, und Stein fiel die gewiß nicht leichte Aufgabe zu, diese Fremdkörper dem preußischen Staate einzugliedern. Der Reichsdeputationshauptrezeß von 1803 ermöglichte es dem nassauischen Herzog, die Steinschen Güter zu beschlagnahmen, und diese Widergesetzlichkeit veranlaßte das erste politische Manifest des Reichsfreiherrn: nicht daß er dabei etwa nur seine eigenen Rechte und Interessen verfochten hätte; schon hier versteift er sich auf den Gedanken:

> **der eigene Grund und Boden ist die unerläßliche Vorbedingung eines vollen Menschentums; entwurzelt man den Staatsbürger aus der Scholle, an die er sich gekettet fühlt, dann nimmt man ihm das Interesse an dem Staate, für den sich einzusetzen ihm heiligste Pflicht sein soll.**

Wir werden sehen, wie dieser Gedanke in späteren Jahren bei ihm immerdar ausschlaggebend gewesen ist.

Mehrfach hatte der preußische König Stein als Gesandten an auswärtige Höfe bestellen wollen; Stein kannte sich viel zu gut, als daß er sich auf das schlüpfrige Parkett der Diplomatie begeben hätte, wo seine Art versagen mußte. Nun aber starb 1802 der Minister Heinitz, 1804 dessen Nachfolger Struensee, und es erging an Stein die Frage, ob er Minister werden wolle. Der König hatte sich zu dieser Frage nur sehr schwer, nur sehr ungern entschlossen: er wußte, daß Stein ein sehr unbequemer Mitarbeiter war, und die Höflinge hatten ihr möglichstes getan, um sich einen so unbequemen Kollegen fernzuhalten. Es ist bezeichnend genug für Stein, daß er bei seinem Eintritt in das Ministerium die Entlassung des einflußreichen Ministers Beyme forderte. Der König gab nach und unterzeichnete 1804 Steins Ernennung zum Finanzminister. Sofort macht sich ein neuer Geist bemerkbar; wir können die Tätigkeit dieser drei Jahre nur stichwortartig skizzieren: aufgeräumt wurde zuerst mit der versumpften, wurmstichigen und verrotteten Bürokratie. Alle unnütze Schreiberei verboten und unmöglich gemacht, für Schnelligkeit des Arbeitens Sorge getragen. Dann erfolgte die Zollreform: noch bestanden innerhalb der Monarchie Zölle zwischen Provinz und Provinz. Hunderte von veralteten und unübersichtlichen Zollvorschriften erschwerten den Verkehr von Bezirk zu Bezirk. Auch hier wurde von Grund auf Wandel geschaffen. Dann suchte er den Hemmschuh zu beseitigen, den die Zünfte und Innungen im Wirtschaftsleben darstellten, und er stellte die Forderung auf, daß

> **die arbeitende Klasse gegen allen Druck der Fabrikherren sichergestellt werden müßte.**

Er wurde der Schöpfer der preußischen Statistik, er rettete die preußische Bank in letzter Minute vor dem Bankerott.

Inzwischen aber vollzog sich das Verhängnis des Staates: bei Jena und Auerstädt brach das friderizianische Heer schmählich zusammen, der König flieht nach Berlin, nach Stettin, Küstrin, Danzig; Festung um Festung geht verloren, es kommt zu Waffenstillstandsverhandlungen, der verantwortliche Außenminister Haugwitz ist für Annahme, Stein setzt es durch, daß eine Ablehnung erfolgt, Haugwitz muß gehen, der König bietet das Außenministerium dem Frhr. vom Stein an, und dieser lehnt ab! Es kommt zu gereizten, zu scharfen Auseinandersetzungen, es kommt zwischen König und Stein zum Bruch, und der König schreibt an Stein den verhängnisvollen Brief:

> „Aus allem diesem habe ich mit großem Leidwesen ersehen müssen, daß ich mich leider nicht anfänglich in Ihnen geirrt habe, sondern daß Sie vielmehr als ein widerspenstiger, trotziger, hartnäckiger und ungehorsamer Staatsdiener anzusehen sind, der nur aus Capricen, Leidenschaft, persönlichem Haß und Erbitterung handelt."

Kein Wunder, daß Stein um Entlassung bittet, die ihm sofort bewilligt wird.

Warum hat Stein nicht Außenminister werden wollen? Wenige Zeitgenossen haben Preußens Sturz so klar und so richtig vorausgesehen wie er, niemand außer ihm aber hat den Mut gehabt, dem Könige seine Ueberzeugung und Ansicht auch darzulegen. Dies tat er in der Denkschrift vom April 1806, also ein halbes Jahr vor der Katastrophe von Jena. Hierin wies er nach, daß die preußische Verwaltung völlig umgestaltet

werden müsse; neben dem König bestand das sogenannte Kabinett, in welchem alle wichtigen Fragen behandelt und beschlossen wurden, fast stets ohne Rücksichtnahme auf die Minister, die neben dem Kabinett bloße Verwaltungsbeamte waren. Stein forderte nunmehr Abschaffung des Kabinetts und Belastung der Ressortminister mit der Verantwortung für ihr Arbeitsgebiet. Es ist klar, daß diese Denkschrift, die niemand dem Könige vorzulegen gewagt hat, den allerheftigsten Widerstand bei dem Kabinett gefunden hat, und daß die Herren Kabinetsmitglieder nichts unversucht gelassen haben, um den mißliebigen Reichsfreiherrn zu beseitigen. Anderseits wäre es absurd gewesen, wenn Stein Minister des Auswärtigen geworden wäre, wo er von der Bedeutungslosigkeit dieses Postens vollauf überzeugt war. Erst Ministerialreform, dann Mitarbeit!

Stein zog sich grollend auf seine nassauischen Güter zurück, und hier arbeitete er seine großartige Denkschrift „Ueber die zweckmäßige Bildung der Behörden in der preußischen Monarchie" aus: vertieft und durchdacht wiederholt er hier, was er als sein politisches Glaubensbekenntnis immer wieder früher geäußert hatte. Hier aber stoßen wir auch zum ersten Male auf seine Absicht, eine „Nationalrepräsentation" ins Leben zu rufen:

„Man muß die Nation daran gewöhnen, ihre eigenen Geschäfte zu verwalten. Der Uebergang in eine neue Ordnung darf nicht zu hastig sein, und man muß die Menschen nach und nach an selbständiges Handeln gewöhnen, ehe man sie zu großen Versammlungen beruft und ihnen große Interessen zur Diskussion anvertraut."

Aber schon entreißt das Schicksal dem Theoretiker die Feder aus der Hand: Preußen ist bei Friedland erneut besiegt, Napoleon I. lehnt es ab, mit dem ihm verhaßten Minister Hardenberg zu verhandeln, und verlangt, daß Hardenberg durch Stein ersetzt wird. Es sollte auch eine Demütigung des preußischen Königs sein, daß dieser einen Mann wiederberief, von dessen Entlassungsart der Korse unterrichtet war. Anderseits aber mutet es doch wie ein Witz der Weltgeschichte an, daß der übermütige Sieger seinem unversöhnlichsten Gegner in den Sattel half! Der König gab nach, und Stein hätte weniger Patriot sein müssen, wenn er sich in dieser Stunde dem Könige versagt hätte.

Freilich besteht er auf Abschaffung des Kabinetts; widerwillig und verärgert gibt der König nach, und nun beginnt Stein seine grundlegende Reformtätigkeit; schon am 9. Oktober 1807 wird der berühmte Erlaß über die Bauernbefreiung veröffentlicht; aufgehoben wird in Preußen alle Gutsuntertänigkeit, „nach dem Martinitag 1810 gibt es nur freie Leute"! Abgeschafft werden die Mühlengerechtigkeit, der Mahlzwang, beseitigt wird der Zunftzwang, und die Gewerbefreiheit wird eingeführt. Am 19. November 1808 folgt die Städteordnung, vielleicht das politisch wichtigste aus diesen Jahren. Denn den Städten wurde das Recht der Selbstverwaltung gegeben, die von der Gesamtheit aller Bürger ausgeübt werden sollte. In der Stadtverordnetenversammlung sollten die Vertreter der Bürgerschaft über Wohl und Wehe ihres Gemeinwesens beraten, hier sollten sie sich daran gewöhnen, mitzuarbeiten an den öffentlichen Interessen, die doch wieder ihre eigenen waren, ohne aber nur an ihre eigenen zu denken. Für Stein handelte es sich um eine Vorstufe, eine Vorbereitung für Provinzialversammlungen, aus der dann die Landesversammlung sich entwickeln sollte. Was er damit gemeint hatte, als er schrieb: „Man muß die Menschen an selbständiges Handeln gewöhnen, ehe man sie zu großen Versammlungen beruft und ihnen große Interessen zur Diskussion anvertraut", das war hier Wahrheit geworden: erst im kleinen Interessenrahmen den Staatsbürger schulen, ehe er zur Mitarbeit an den großen Aufgaben der ganzen Nation berufen wird.

Hier liegen die Keime für den parlamentarischen Ausbau des preußischen Staates.

An dieser Arbeit aber sollen sich alle ohne Ausnahme beteiligen, und so beseitigt Stein auch die Standesunterschiede, wie sie hemmend und hindernd noch allenthalben bestanden; bisher hatte der Adel alle Vorrechte einer besonderen Gerichtsbarkeit und der Besetzung aller hohen Staatsämter, nur der Adel durfte Rittergüter erwerben und besitzen, dagegen war ihm die Eheschließung mit Bürgerlichen und jede gewerbliche Betätigung untersagt. Der Bürger durfte weder Ritter- noch Bauerngüter erwerben, und der Bauer mußte Bauer bleiben. Das alles wurde abgeschafft, und wir können uns heute nur schwer vorstellen, welchen wirtschaftlichen Antrieb dies zur Folge hatte, wie sich dies hinfort im gesellschaftlichen Leben, in der Bildung des Volkes, in der Ordnung des Heeres ausgewirkt hat. Nehmen wir dazu, daß Stein im Verein mit Gneisenau der Schöpfer der allgemeinen Wehrpflicht, in Zusammenwirken mit Humboldt der Begründer des neuen preußischen Schulwesens geworden ist, das dann im Laufe der Jahrzehnte maßgebend für das gesamtdeutsche Bildungswesen werden sollte, so wird man unschwer verstehen, daß Stein zu den ganz bedeutenden deutschen Staatsmännern gerechnet werden muß.

Mitten aber in diesen weitschichtigen, sich überstürzenden Reformen, die vom Adel mit leicht begreiflichem Widerstande bekämpft und von der Hoffamarilla mit schlecht verhehlter Abneigung begleitet wurden, drang an Steins Ohr der Ruf voreiliger Heißsporne, die auf eigene Faust glaubten, das Vaterland aus fremden Ketten befreien zu können. Stein begrüßte solche Versuche mit ehrlicher Freude, er war aber unvorsichtig genug, zustimmende Briefe hierüber an Freunde zu schreiben. Man wird sich seine Ueberraschung vorstellen können, als er eines Tages einen seiner Briefe, den französische Spione abgefangen hatten, im französischen Amtsblatte abgedruckt las! Sofort bat er um seine Entlassung, und wie eine Rotte losgelassener Hunde stürzten sich nun all die Vornehmen, die die Rettung des Vaterlandes stets am lautesten auf den Lippen getragen hatten, über den Gefallenen her, die Köckritz, Zastrow, Voß und wie all diese kleinlichen Gesellen hießen. Selbst die Königin Luise triumphiert: hatte doch eben Stein aus Sparsamkeitsgründen ihr eine Vergnügungsreise nach Rußland unmöglich gemacht! Und der König jubelte innerlich, als er diesen unerträglichen Diktator endlich abschaffen konnte; Stein wurde zum zweiten Male entlassen. Doch damit war Napoleon nicht Genüge getan; im Amtsblatte veröffentlichte er das Dekret:

„Der pp. Stein, der Unruhen in Deutschland zu erregen versucht, wird für einen Feind Frankreichs und des Rheinbundes erklärt. Die Güter, die besagter Stein, sei es in Frankreich, sei es in Ländern des Rheinbundes besitzen sollte, werden mit Beschlag belegt. Persönlich wird besagter Stein überall, wo er von Unsern oder Unsrer verbündeten Truppen erreicht werden kann, verhaftet."

Und ein Geheimbefehl ordnete an, daß er sofort zu erschießen sei. In Preußen war unter diesen Umständen seines Bleibens nicht länger; in Oesterreich boten ihm Freunde einen Schlupfwinkel, bis ihn der Russenzar nach Petersburg einlud, um sich während Napoleons Rußlandfelgzugs von ihm beraten zu lassen. So war Stein wieder an das Triebrad der Geschichte gelangt; er bestärkt den Zaren zum Aushalten, als Moskau brennt, er folgt dem Korsen auf dem entsetzlichen Leidenswege durch die schnee- und eisverwehten Steppen, er organisiert das Massenaufgebot der Ostpreußen im März 1813, er leitet die Verwaltung der freigewordenen Gebiete, und er findet kurz vor der Entscheidungsschlacht bei Leipzig Muße, seine Denkschrift über eine deutsche Verfassung auszuarbeiten; hier nimmt er genau betrachtet, das vorweg, was 1871 in Versailles und 1919 in Weimar Wahrheit geworden ist, nur mit dem einen Unterschied, daß er schon die Beseitigung all der vielen Staaten und Stätchen forderte, die sich leider bis heute noch als politischer, Verwaltungs- und Finanzballast erhalten haben.

Er begleitet die siegreichen Armeen bis Paris, setzt sich für Durchführung seines Verfassungsplanes ein, und kann doch nur erreichen, daß in das Friedensinstrument die nichtssagenden Worte aufgenommen werden: „Die deutschen Staaten sollen unabhängig und durch ein föderatives Band vereinigt sein". Im zweiten Pariser Frieden setzt er sich dafür ein, daß Elsaß an Deutschland zurückkommt; die deutschen Fürsten hatten Wichtigeres zu tun, als an die Rückgabe deutschen Erblandes zu denken.

Und die gleiche Würdelosigkeit legten sie auf dem Wiener Kongreß an den Tag, an dem Stein als Gast des Zaren teilnahm: angeekelt von der Kleinlichkeit des dortigen Treibens, zog er sich nach Nassau zurück und lehnte die Angebote ab, preußischer oder österreichischer Bundesbevollmächtigter zu werden. Er erlebt noch den Auftakt der neuen Zeit, begrüßt die burschenschaftliche Bewegung und verurteilt ihre Entgleisungen, das Wartburgfest und Kotzebues Ermordung ebenso, wie er die reaktionären Gegenschläge mißbilligt. Am öffentlichen Leben in Preußen nimmt er nicht teil, schon deshalb nicht, weil der preußische König sein immer wiederholtes Versprechen, dem Lande eine Verfassung zu geben, alljährlich wieder bricht. Und so kehrt der Freiherr vom Stein zu seiner Lieblingsbeschäftigung zurück; er befaßt sich mit der Geschichte des deutschen Volkes. Er regt die großen Historiker Pertz und Waitz dazu an, endlich das Material zu sammeln und zu veröffentlichen, das sich zur Geschichte des deutschen Mittelalters erhalten hat, und er konnte noch mit herzlichster Freude erleben, daß der erste Band des größten Quellenwerkes unserer Volksgeschichte, der „Monumenta Germaniae historica" ihm dargebracht wurde. Und so verlosch das Leben dieses Stürmers und Drängers, fast unbeachtet von seinen Zeitgenossen, in der Einsamkeit seines westfälischen Alterssitzes; erst spätere Jahrzehnte haben ihm die Beachtung gewidmet, die er verdient hat!

Es wäre vermessen, im Rahmen einer so kurzgedrängten Uebersicht ein erschöpfenden Bild vom Leben und Schaffen eines so bedeutenden Menschen geben zu wollen, wie es der Reichsfreiherr vom Stein gewesen ist.

Viel weniger aber wollen wir in den Fehler verfallen, in dem Freiherrn vom Stein das Vorbild für einen Führer unserer Zeit zu suchen und zu sehen.

Wir wollen uns darüber klar sein, daß jede Geschichtsepoche etwas einzigartiges, Unwiederholbares ist, und daß die Geschichte unmittelbar niemals politische Lehren geben kann. Ist schon die politische Lage des napoleonischen Europa der unsrigen im Ernste nicht vergleichbar, so sind noch viel weniger die geistigen Voraussetzungen der Erhebung von damals so weit erhalten geblieben, daß an ihre einfache Wiederbelebung zu denken wäre. Wir wollen und dürfen nicht vergessen, daß zwischen den großen Gestalten jener Zeit und uns ein Jahrhundert politischer Erziehung des deutschen Volkes liegt. Wir sind ihnen fremd geworden, ihr politischer Idealismus erscheint uns fast naiv. Es wäre unverantwortlich, wollten wir vor den Erfahrungen späterer Geschlechter die Augen schließen, wollten wir die harten Lehren bismarckischer Staatsraison vergessen, wenn wir heute Politik treiben wollen! Vielleicht verleitet keine Epoche unserer Vergangenheit so leicht dazu, zum bloßen Bewunderer großer Gestalten zu werden, wie eben das Jahrzehnt der deutschen Erhebung. Gerade hier aber liegt die Pflicht eines jeden Historikers, das Wesen echter Politik herauszuschälen aus den Verhüllungen tiefverwurzelter Geschichtstradition. Die Betrachtung einer großen Zeit, die Beschäftigung mit ihren Führern kann und soll uns erheben, sie soll uns aber nicht zu der Utopie verführen, als seien ihre Helden „Vorbilder" für unsere, ach! so ganz anders geartete Zeit. Statt dessen wird es sich vornehmlich darum handeln, die positiven, staatsbildenden Kräfte klarzulegen, die aus der Vergangenheit bis in unsere Zeit fortdauernd hinüberwirken.

Da kann und wird es keinem Zweifel unterliegen können, welche die stärkste dieser Kräfte, die wichtigste Stütze aller Hoffnung für unsere politische Zukunft ist: der Wille zum nationalen Staat, die Ueberzeugung von der unzertrennlichen Schicksalsgemeinschaft des ganzen Volkes. Diese Ueberzeugung ist immerdar die Triebfeder für den Freiherrn vom Stein gewesen wie ebenso stark für Bismarck und wird es für jeden fortschrittbejahenden deutschen Staatsmann sein und bleiben müssen.

Der Glaube an den nationalen Staat, an sein Lebensrecht, an seine Würde ist die seelische Kraft gewesen,

die vor einem Jahrhundert der preußische Staatsmann zur Rettung Deutschlands aufrief; heute mehr als je werden wir diesen Glauben hoch- und durchhalten müssen, allen Gefahren zum Trotz, die ihm von innen und außen drohen.

Nichts kann uns rauben
Liebe und Glauben
zu diesem Land;
es zu erhalten
und zu gestalten,
sind wir gesandt.
Mögen wir sterben!
Unseren Erben
gilt dann die Pflicht:
es zu erhalten
und zu gestalten. —
Deutschland stirbt nicht!

Mit dem stehend gesungenen Deutschlandlied klang die Feier aus.

Reichsbankdiskont 10 Prozent Lombardsatz 15 Prozent

Die Reichsbank hat den Diskontsatz von 15 auf 10 Prozent und den Lombardsatz von 20 auf 15 Prozent herabgesetzt. — Die scharfe Diskontmaßnahme vom 1. August hatte den ausgesprochenen Zweck, die Wiederaufnahme des vollen Zahlungsverkehrs vorzubereiten und seine Durchführung zu erleichtern. Die an die Erhöhung geknüpften Erwartungen haben sich in vollem Umfange erfüllt. Der Uebergang zum normalen Bankverkehr hat sich ohne nennenswerte Ausweitung des Kreditbestandes der Reichsbank und des Umlaufes an Zahlungsmitteln vollzogen.

Die Verfassungsfeier der Reichsregierung

Am Dienstag mittag fand im festlich geschmückten Sitzungssaal des Reichstags in Anwesenheit des Reichspräsidenten und der Minister des Reiches und Preußens die große Verfassungsfeier statt. Reichsfinanzminister Dr. Dietrich hielt die Festrede. Darauf hielt der Reichskanzler eine Ansprache, in der er einen Appell an das deutsche Volk richtete, sich auf das zu besinnen, was alle Deutschen eint. Im Anschluß an diese eindrucksvollen Worte und das von ihm ausgebrachte dreifache Hoch auf das in der Republik geeinte Volk wurden die erste und dritte Strophe des Deutschlandliedes von der Versammlung stehend gesungen.

Der Reichskanzler vor dem Reichsrat

Der Reichskanzler wird am Donnerstag unter vollständigem Ausschluß der Oeffentlichkeit vor den vereinigten Ausschüssen des Reichsrates über die gegenwärtige Finanzlage und auch über das Ergebnis der finanziellen Verhandlungen mit dem Auslande Bericht erstatten.

Aus der Wirtschaftspartei

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hielt am Dienstag im Reichstag eine Sitzung ab, die sich mit der politischen Lage beschäftigte, aber noch zu keinem abschließenden Ergebnis kam. Die Sitzung soll vielmehr am nächsten Montag fortgesetzt werden. Dann sollen entscheidende Beschlüsse gefaßt werden. Im Anschluß an die Fraktionssitzung, der auch der sächsische Reichstagsabgeordnete Lauterbach beiwohnte, trat der Parteivorstand zu einer gemeinsamen Sitzung mit der Fraktion zusammen, in der man sich mit parteiorganisatorischen Fragen beschäftigte.

Die Bankiersachverständigen in Berlin?

Der Sonderkorrespondent des „Exzelsior" in Basel glaubt ankündigen zu können, daß der Bankiersachverständigenausschuß vermutlich Anfang kommender Woche Basel verlassen und sich nach Berlin begeben werde. Es bestehe die Möglichkeit, daß dann die französischen Minister vor der nächsten Völkerbundstagung mit dem Ausschuß zusammentreffen werden, wenn sie den Besuch erwidern, den Dr. Brüning und Dr. Curtius in Paris gemacht haben.

*

Abschluß der Londoner Sachverständigenkonferenz

Die seit einigen Wochen tagende Konferenz von Schatzamtssachverständigen ist zu einer völligen Einigung über die technischen Fragen der Durchführung des Hoover-Planes gelangt. Die offiziellen Protokolle werden im Außenministerium unterzeichnet.

Internationale Friedenstagung in Konstanz

Nach fünftägiger Dauer ging am Sonntag die Internationale Friedenstagung zu Ende. Am Freitag und Sonnabend beendeten die beiden Kommissionen für Abrüstung und Weltwirtschaftskrise ihre Arbeiten. Die Abrüstungskommission faßte als Ergebnis eine Entschließung, die zur Abrüstungsfrage, Weltwirtschaftskrise, Weltpolitik und zur internationalen Zusammenarbeit Stellung nahm. Am Sonnabend abend wurde sodann die große Konzilversammlung eröffnet. Der obere Saal des Konzils war bis auf den letzten Platz gefüllt, als der Vorsitzende der Konstanzer Friedensgesellschaft, N. A. Venedey sen. die große Schlußversammlung begrüßte. Er übergab sodann Professor Quidde-München, dem Friedensnobelpreisträger, das Wort. Als erster ausländischer Redner sprach der Vertreter Spaniens, Don Aguilar Gimenez, der am Schlusse seiner Rede seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß die nächstjährige Tagung des Internationalen Friedenskongresses in Spanien stattfindet. Im Namen der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit sprach Miß Pye, und im Auftrage der katholischen italienischen Volkspartei überbrachte Miß Barkley-Carter deren Grüße und Wünsche. Als letzter Redner des Abends nahm sodann Mark Sanguier-Paris das Wort, der mit großer Hingabe der Versammlung ein Lebensbild der internationalen Organisation für den Friedensgedanken entwarf. Seine Ausführungen wurden mit begeistertem Beifall aufgenommen.

Auf den Spuren der D-Zug-Attentäter

Die Untersuchungskommission in Kloster Zinna, die sich bemüht, den frevelhaften Anschlag auf den Berlin-Frankfurter D-Zug aufzuklären, ist im Laufe des Dienstags in den Besitz von Spuren gelangt, die innerhalb kurzer Zeit zu der Verhaftung oder zumindest zur Feststellung der Täter führen dürften. — Man kennt bereits den Personenkreis, in dem sie zu verkehren pflegen, man weiß, daß sie sich im Berliner Norden verborgen halten, und es ist die Aufmerksamkeit von zwei verschiedenen, voneinander völlig unabhängigen Seiten auf einen russischen Staatsangehörigen hingelenkt worden, der sich erst seit kurzer Zeit in Berlin aufhalten soll.

In Potsdam ist sogar eine Festnahme erfolgt, doch ist es noch sehr zweifelhaft, ob die Person, die vorläufig in Gewahrsam gehalten wird, mit dem Attentat tatsächlich etwas zu tun hat. Der Festgenommene bestreitet es selbstverständlich, und die Potsdamer Kriminalpolizei ist jetzt bemüht, zu ermitteln, ob der Betreffende zu der Zeit des Anschlags in Kloster Zinna gewesen sein kann.

Antrag auf Eröffnung des Konkurses über Devaheim und Deuzag

Die Deutsch-Evangelische Heimstättengesellschaft (Devaheim) und die Deutsche Entschuldungs- und Zwecksparz-Aktiengesellschaft (Deuzag) können trotz der eingeleiteten Sanierungsaktion in ihrem Bestande nicht mehr erhalten bleiben. Es ist daher der Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens gestellt worden. Dadurch wird nicht berührt das Bestreben der Notgemeinschaft, den Sparern, insbesondere den notleidenden unter ihnen, im Bereich des Möglichen zu helfen.

Hermann Dietrich an Herman Anders Krüger

Zum 60. Geburtstag sandte der Führer der Deutschen Staatspartei, Reichsfinanzminister Dietrich, an den Dichter Herman Anders Krüger nachstehendes Glückwunschtelegramm:

„Zu Ihrem 60. Geburtstag spreche ich Ihnen, dem feinsinnigen Dichter, dem unerschrockenen Vorkämpfer für staatsbürgerliche Freiheit namens der Deutschen Staatspartei herzlichste Glückwünsche aus."

Letzte Rundfunk-Meldungen

Schwere Ausschreitungen in Magdeburg

Magdeburg, 12. August. Nach Schluß der gestrigen Verfassungsfeiern kam es in der Nacht zu schweren Ausschreitungen. Als das Reichsbanner in seine Standquartiere abrückte, wurde eine Abteilung aus dem nationalsozialistischen Lokal „Inslebener Schloß" in der Neuen Neustadt, später auch die Polizei beschossen, die 60 Personen verhaftete. Eine große Anzahl von Waffen, Dolchen, Schlagringen und auch einige Revolver wurden gefunden.

Politische Zusammenstöße in Lüneburg

Lüneburg, 12. August. Im Anschluß an die gestrige Verfassungsfeier kam es am Sande zwischen Jungstahlhelmern und Jungsozialisten und Reichsbannerleuten zu blutigen Zusammenstößen, bei denen Dolchmesser und Spaten eine Rolle spielten. Drei Personen wurden verletzt, davon eine schwer.

Washington über das Londoner Abkommen

Washington, 12. August. In dem vom Staatsdepartement über das gestern in London unterzeichnete Abkommen ausgegebene Resumé wird zum Schluß wörtlich angeführt: „Die Vorschläge und das Protokoll erstrecken sich auf Fragen, die zwischen europäischen Regierungen schweben. Es liegt für die amerikanische Regierung kein Grund vor, sich an dem Bericht zu beteiligen oder das Protokoll zu unterzeichnen. Die Regierung ist befriedigt von dem Fortschritt, den die praktische Verwirklichung des vom Präsidenten Hoover am 20. Juni angeregten Moratoriumsplanes gemacht hat."

Pangborn und Herndon verhaftet

Tokio, 12. August. Die Freilassung der beiden amerikanischen Flieger Pangborn und Herndon läßt länger auf sich warten, als man angenommen hat. Die beiden Flieger, die ursprünglich nur vorübergehend festgenommen worden sind, gelten jetzt als in aller Form verhaftet. Jedoch hat man darauf verzichtet, sie in ein Gefängnis zu überführen und nur ihre Bewegungsfreiheit auf ein bestimmtes Gebiet beschränkt. Die beiden Flieger haben japanisches Festungsgebiet überflogen und, wie die Entwicklung der bei ihnen vorgefundenen Filme zeigte, auch über verbotenem Gebiet photographische Aufnahmen gemacht.

Eine Vier-Pfennig-Münze?

Das Reichsfinanzministerium hat eine Reihe von Wirtschaftsverbänden über die beabsichtigte Ausprägung einer Vier-Pfennig-Münze befragt.